



**Klima
Allianz**
Deutschland

Positionspapier
für Politik und
Entscheider*innen

Kohlestrom und Tagebaue kontinuierlich zurückfahren

Kohlestrom und Tagebaue kontinuierlich zurückfahren

Kohle war seit 1750 der zentrale Antrieb hinter der „Großen Transformation“ des Industriealters. Lange Zeit war eine Industrialisierung ohne Kohle nicht denkbar und wirtschaftlicher Wohlstand nicht ohne Industrie. Der Einsatz der Arbeitnehmer*innen war in diesem Zusammenhang eine Grundlage für gute Arbeits- und Ausbildungsbedingungen, die hart erkämpft werden mussten und bis heute die Arbeitswelt prägen.

Nun steht eine weitere „Große Transformation“ an, an der die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft hängt. Mit dem Übergang zu einem Energiesystem, das auf Energieeffizienz und erneuerbaren Energien beruht, verändern sich Gesellschaft und Wirtschaft. Zugleich schwindet die Systemrelevanz der Kohle.

Diese Entwicklung ist unverzichtbar, denn die gravierenden sozialen und ökologischen Schäden durch die Förderung und Verbrennung von Kohle sowie die Kosten für die Allgemeinheit sind längst nicht mehr zu übersehen.

- Kohle ist im Energiebereich der Energieträger mit den mit Abstand höchsten CO₂-Emissionen und damit der vorrangige Verursacher des Klimawandels, der für Millionen von Menschen zur Armutsfalle oder zum existenziellen Risiko wird.
- Schon jetzt sind viele Menschen von den Folgen des Klimawandels betroffen, darunter besonders die in Armut lebenden Menschen im Globalen Süden und die Angehörigen indigener Völker weltweit, obwohl diese kaum zu den Ursachen der Erderwärmung beigetragen haben. Um eine noch gefährlichere Klimaerhitzung zu verhindern, muss deshalb ein Großteil der fossilen Energiereserven in der Erde bleiben. Insgesamt wird Europa nach heutigem Kenntnisstand rund 90 Prozent der Kohlevorkommen nicht nutzen können.¹
- Der Kohleabbau geht im Globalen Süden häufig mit schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen, gewaltsamen Konflikten, Vertreibungen, ausbeuterischen Arbeitsbedingungen und Umweltzerstörung einher und trägt nicht zur lokalen Entwicklung bei. In Kolumbien, einem der Hauptlieferländer für Steinkohle für den europäischen Markt, geht dies bis hin zur gezielten Tötung von Gewerkschafter*innen und Umweltschützer*innen sowie Verflechtungen der Kohleindustrie mit paramilitärischen Gruppen, die mit Drohungen und Gewalt gegen die Einwohner*innen in den Abbaugebieten vorgehen.²
- Mitbestimmungsrechte indigener Völker wie zum Beispiel der Wayúu im Department Guajira in Nordkolumbien, die wegen des Tagebaus von Cerrejón³ umgesiedelt werden, werden massiv verletzt.
- Auch in Deutschland werden für den Abbau der Braunkohle Dörfer zerstört und Menschen aus ihrer Heimat vertrieben. Im weltweiten Vergleich fördert kein anderes Land so viel Braunkohle wie Deutschland.⁴ Über 120.000 Menschen sind bis heute bereits für den Braunkohletagebau umgesiedelt worden.⁵
- Darüber hinaus belastet die Verbrennung von Kohle die Luftqualität und die Gesundheit der Menschen mit Feinstaub, Schwefeldioxid und Stickoxiden sowie Schwermetallen wie Quecksilber, Blei oder Cadmium. Laut einer Studie der Health

and Environment Alliance sind EU-weit jährlich über 18.200 vorzeitige Todesfälle und 8.500 neue Fälle von chronischer Bronchitis auf die Verfeuerung von Kohle zurückzuführen.⁶

- Kaum ein anderer Energieträger kommt die Gesellschaft daher so teuer zu stehen wie Kohle. Allein die Umweltkosten liegen laut Umweltbundesamt für Steinkohle bei 8,94 Cent und für Braunkohle bei 10,75 Cent pro Kilowattstunde Strom.⁷ Die gesundheitlichen Folgekosten belaufen sich jährlich auf über sechs Milliarden Euro.⁸ Darüber hinaus wird Kohle bis heute stark subventioniert. Seit 1950 hat Deutschland den fossilen Energieträger mit über 350 Milliarden Euro staatlich gefördert.⁹

Tagebau zerstört Dörfer und ganze Landstriche

Obwohl die Kohlenutzung konsequent verringert werden muss, planen einige Energiekonzerne und Landesregierungen im großen Stil neue Tagebaue. In der Lausitz und dem Mitteldeutschen Revier sollen mehrere neue Tagebaue entstehen, mit denen Braunkohle noch bis weit über 2050 hinaus abgebaut werden könnte. Im Rheinland soll nach den Vorstellungen von RWE noch bis 2045 abgebaut werden. Der Tagebau vernichtet dabei wertvollen Wohnraum, Ackerflächen und Naturschutzgebiete. Tausende Menschen sollen noch ihre Heimat verlassen. Viele Orte, die teilweise über Jahrhunderte gewachsen sind und wichtige Kulturgüter beherbergen, würden in den Braunkohlerevieren in der Lausitz, im Mitteldeutschen Revier und im Rheinland teilweise oder ganz verschwinden.

Die Förderung der Braunkohle ist mit erheblichem Flächenverbrauch und massiven Eingriffen in die Natur und ins Grundwasser verbunden. Auch das Umfeld der Tagebaue ist betroffen. Die Absenkung des Grundwasserspiegels geht oft kilometerweit über die Tagebaugrenzen hinaus, zerstört Feuchtgebiete und verursacht Schäden an Gebäuden. Eine zerschnittene Infrastruktur, Bergschäden sowie Lärm und Staub aus dem Tagebau mindern die Lebensqualität in den Ortschaften an der Grubenkante erheblich. Chemische Veränderungen des Grundwassers führen in Teilen zu Gewässerbelastungen, beispielsweise mit Eisenschlamm oder Sulfat. Für viele dieser Folgekosten existiert immer noch keine ausreichende Haftung der Verursacher. Somit besteht ein großes Risiko, dass ein relevanter Teil der vom Braunkohleabbau verursachten Folgekosten von der Gesellschaft getragen werden muss. Dies betrifft insbesondere die langfristige Gewässernachsorge, die Regulierung von Bergschäden sowie gesundheitliche und psychosoziale Folgen von Umsiedlung.¹⁰

Kohle als Prüfstein für Klimaschutz und Energiewende

Die Bundesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, den deutschen Treibhausgasausstoß bis 2020 um 40 Prozent gegenüber 1990 zu reduzieren. Bis 2050 sollen die klimaschädlichen Emissionen um 80 bis 95 Prozent gemindert werden. Dies kann nur gelingen, wenn die Stromversorgung schon deutlich vor 2050 vollständig auf erneuerbare Energien umgestellt wird und keine Klimagase mehr produziert. Gleichzeitig werden auch industrielle Prozesse und der Wärmebereich weit schneller als heute absehbar ihre Prozesse umstellen müssen, um ihren erheblichen Anteil am Klimagasausstoß entsprechend zu reduzieren. Vor allem aber muss endlich damit begonnen werden, den Verkehrs- und Transportsektor umzustrukturieren, damit er seinen Beitrag zur Reduktion der Klimagase noch leisten kann. Bislang ist es hier über die Jahre zu keinerlei Reduktion der Treibhausgasemissionen gekommen. Hier endlich zu handeln und Fortschritte zu erzielen,

entbindet indessen die Kohlewirtschaft nicht von ihren eigenen Verpflichtungen. Wird der Kohleanteil im deutschen Stromerzeugungsmix nicht erheblich gedrosselt, wird Deutschland die Klimaziele verfehlen und die Energiewende nicht gelingen. Die CO₂-Emissionen müssen also durch einen Abbau der Kohlekapazitäten deutlich sinken. Über die letzten Jahre hinweg war jedoch genau das Gegenteil der Fall. Zwischen 2009 und 2015 nahmen die Nettostromerzeugungskapazitäten aus Kohle zu, während emissionsärmere und moderne Gaskraftwerke der Reihe nach stillgelegt wurden.¹¹ So liegt der Anteil der Kohle an der Stromversorgung immer noch bei rund 40 Prozent¹² und ist für fast ein Drittel der gesamten CO₂-Emissionen in Deutschland verantwortlich.¹³ Auch im europäischen Vergleich ist deutsche Kohle – insbesondere die Braunkohle – für einen überdurchschnittlich großen Teil der CO₂-Emissionen verantwortlich. Gleich vier der fünf klimaschädlichsten Kraftwerke Europas stehen in Deutschland.¹⁴ Ein konsequentes, sukzessives Zurückfahren des Kohlestroms ist dringend nötig und sollte bei den ältesten und klimaschädlichsten Meilern beginnen.

Mit den Anforderungen des Stromversorgungssystems sind Kohlekraftwerke immer weniger kompatibel: Eine Stromversorgung mit hohen Anteilen erneuerbarer Energien erfordert einen Kraftwerkspark, der schnell und flexibel auf die schwankende Einspeisung aus Windkraftanlagen und Photovoltaik reagieren kann. Dafür sind vor allem ältere Stein- und Braunkohlekraftwerke technisch und betriebswirtschaftlich überwiegend ungeeignet.

Der Kraftwerkspark muss daher grundlegend umstrukturiert und an die Erfordernisse der Energiewende angepasst werden. Dabei geht es kurzfristig um einen Abbau der erheblichen Überkapazitäten von über 10 Gigawatt und gegen die Verdrängung effizienter Gaskraftwerke durch Kohlestrom. Klimapolitisch und volkswirtschaftlich ist es nicht akzeptabel, dass Kohleblöcke 40 Jahre und länger in Betrieb sind, während zahlreiche hocheffiziente Gaskraftwerke stillgelegt werden. Der EU-Emissionshandel wird den genannten Fehlentwicklungen in seiner jetzigen Struktur auf absehbare Zeit nicht den nötigen Einhalt gebieten. Deswegen gilt es, entschieden gegenzusteuern und schnell einen regulatorischen Rahmen zu schaffen, in dem emissionsarme und flexible Kapazitäten honoriert werden, der Anteil erneuerbarer Energien und die Energieeffizienz erhöht, Netze intelligent ausgebaut, das Nachfragemanagement verbessert sowie Speicher entwickelt werden. Insgesamt kann die Energiewende nur gelingen, wenn der hohe Anteil der Kohlekraft am derzeitigen Energiemix stetig sinkt.

Deutschland wäre nicht das erste Land, das seine Kohleverstromung zu reduzieren beginnt. Erstmals seit Beginn der Industrialisierung gerät die Erzeugung von Strom aus Stein- und Braunkohle weltweit immer massiver in die Defensive. Großbritannien, Schweden, Dänemark, Finnland, Portugal, Irland und sogar China beginnen, die Energieerzeugung durch Kohle einzuschränken, oder wollen bis 2030 und früher ganz aus der Kohle aussteigen. Mit Blick auf die historische Verantwortung beim Klimaschutz und ihre weltweit beachtete Vorreiterrolle als Energiewendeland darf die Bundesrepublik diese Entwicklung nicht verpassen, sondern sollte entschlossen und zügig vorangehen.

Ein politisch begleiteter Strukturwandel ist dringend nötig

Erneuerbare Energien werden immer günstiger und sind längst wettbewerbsfähig. Speicher und intelligente Ergänzungslösungen werden Schritt für Schritt die Volatilität der Erneuerbaren ergänzen und eine Vollversorgung ermöglichen. Bis dahin besitzen Kohle

und Gas noch eine gesamtwirtschaftliche Relevanz, wobei jedoch oft übersehen wird, dass ihre externen Folgekosten der Allgemeinheit aufgebürdet werden.

Besonders in den strukturschwachen Abbaugebieten, vor allem der Lausitz, prägt die Kohle derzeit noch relevante Teile der Lebens- und Einkommensrealitäten. Die größten Arbeitsplatzverluste durch den Ausstieg aus der Steinkohleförderung liegen bereits hinter uns. Trotzdem waren 2016 noch rund 15.000 Menschen in Kohlekraftwerken und 15.000 Menschen im Braunkohletagebau beschäftigt.¹⁵

Wenn der anstehende Strukturwandel gut gestaltet wird, bietet der sukzessive Abschied von der Braunkohle die Chance, die Strukturschwäche vieler Landkreise, die heute noch vom Braunkohleabbau geprägt sind, zu überwinden. Laut Zukunftsindex von Handelsblatt und Prognos liegt derzeit die Hälfte dieser Landkreise ganz hinten. Je früher der Einstieg in den Ausstieg mit einem Einstieg in die Zukunft eingeleitet wird, umso eher können politische Rahmenbedingungen für die Perspektiven dieser Menschen geschaffen werden. So verdienen heute etwa in Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Sachsen schon gut fünfmal mehr Menschen ihren Lebensunterhalt mit erneuerbaren Energien als in der Braunkohlewirtschaft.¹⁶ Zusätzlich entstehen neben den direkten und lokalen Investitionen in Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien in vorgelagerten Industrien wie dem Maschinen- und Anlagenbau und deren Zulieferern weitere indirekte Wertschöpfungseffekte. Auch der energiewirtschaftliche Systemumbau, etwa durch Speicherung, Netzausbau oder Regelkraftwerke, erfordert Investitionen. Viele der Qualifikationen, über die die Beschäftigten in der Kohleindustrie verfügen, sind im Rahmen der notwendigen Transformation unabdingbar für ein Industrieland wie Deutschland.

Was tarifliche Entlohnung, Mitbestimmung in Betrieben und Qualifizierung angeht, sind die Arbeitsbedingungen der in der Kohlewirtschaft direkt Beschäftigten oft vergleichsweise gut. Um die Zukunftsfähigkeit der betroffenen Regionen zu stärken, muss Gute Arbeit in allen heutigen und zukünftigen Wirtschaftsbereichen umgesetzt werden. Dass es keinen organisierten Widerstand gegen den Kollaps großer Teile der Photovoltaik-Industrie in Deutschland gab, lag auch daran, dass der Anteil der organisierten Arbeiter*innen vergleichsweise gering ist. Durch den sukzessiven Wegfall der Kohleindustrie wird es umso dringlicher, hochwertige Ausbildungsbedingungen in anderen Branchen zu schaffen. Die duale Ausbildung in Bezug auf die Zukunftsbranchen voranzubringen, ist für das Gelingen der Energiewende in Deutschland und der EU unabdingbar.

Den für die Umsetzung der Klimaziele von Paris notwendigen, sukzessiven aber raschen Ausstieg aus der Kohle gilt es deshalb sozial verträglich für die betroffenen Menschen zu gestalten. Mitbestimmte betriebliche Lösungen spielen dabei eine wichtige Rolle. Den Beschäftigten sollte mit betrieblich und staatlich geförderten Qualifizierungsmaßnahmen ein gangbarer Weg in eine berufliche Zukunft geebnet werden. Dabei kann der zunehmende Fachkräftemangel in der Wirtschaft aktiv genutzt werden, um den Beschäftigten neue Perspektiven zu eröffnen.

Für gute, nachhaltige Lebens- und Beschäftigungsperspektiven in der Region bedarf es darüber hinaus einer klugen Strukturpolitik, die mit langfristig angelegten Regionalentwicklungskonzepten neue Beschäftigungschancen schafft und somit die Unterstützung der Energiewende weiterhin gesamtgesellschaftlich stärkt.

Forderungen der Klima-Allianz Deutschland

Die Klima-Allianz Deutschland setzt sich für das sukzessive, mit dem Pariser Klima-
abkommen vereinbare Abschalten der Kohlekraftwerke und das entsprechende Ende der
Braunkohletagebaue ein.

- Zentrale Voraussetzung für die Dekarbonisierung der Energiewirtschaft ist, dass die Bundesregierung umgehend einen **gesetzlich verankerten Kohleausstieg** auf den Weg bringt. Dies muss wissenschaftsbasiert auf Basis der Ziele des Pariser Klima-
abkommens passieren, die globale Erwärmung auf deutlich unter 2 °C, möglichst auf 1,5 °C, zu begrenzen.
- **Sofortprogramm für den Klimaschutz:** Zudem ist mit Blick auf das deutsche Klimaziel, die Treibhausgase bis 2020 um 40 Prozent zu reduzieren, eine Reduktion der Kohleverstromung dringend und kurzfristig geboten. Bislang werden bis 2020 nur rund 32 statt 40 Prozent Treibhausgasreduktion erreicht¹⁷. In Anbetracht der deutschen und internationalen Klimaverpflichtungen muss bereits kurzfristig der Kohlestrom um die Hälfte reduziert werden. Bezüglich des weiteren Ausstiegspfad es gilt es zu berücksichtigen, dass angesichts der begrenzten Menge von CO₂, die noch emittiert werden kann, die Klimaziele für 2030 und 2050 verschärft werden müssen. Nur mit einem zügigen Einstieg in den Kohleausstieg und einem ambitionierten Auslaufpfad kann die Energiewende gelingen und die notwendige Planungssicherheit für den Strukturwandel gegeben werden. Dabei gilt es, konsequent auf Energieeffizienz und erneuerbare Energien zu setzen und gleichzeitig ein gewohnt hohes Maß an Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Beim Ausbau erneuerbarer Energien sowie bei Energieeffizienz-Projekten braucht es faire Möglichkeiten der Bürgerschaft, sich im Sinne der Bürgerenergie an der Energiewende beteiligen zu können. Dezentrale erneuerbare Energien und die Bildung von Inselnetzen sollen künftig einen wichtigen Beitrag zur Versorgungssicherheit leisten.

Neue Kohlekraftwerke wie Stade oder Niederaußem werden nicht mehr gebraucht und sind ökologisch nicht länger tragbar. Ihre Planung oder ihren Bau gilt es zu stoppen. Ebenso müssen neue Tagebaue und Tagebauerweiterungen untersagt werden, da diese nicht mit den Klimazielen vereinbar sind. So werden Dörfer gerettet und viele Menschen von einer Umsiedlung verschont. Konkret handelt es sich um die Pläne zur Tagebauerweiterung von Welzow-Süd II, Nochten II, Vereinigtes Schleenhain, Lützen und den noch ausstehenden Rahmenbetriebsplan für Hambach. Bereits genehmigte Tagebaue gilt es entsprechend der Klimaziele entschieden zu verkleinern und Tagebaugrenzen, -laufzeiten und -abbaumengen zu verringern und anzupassen.¹⁸

- Für den **Strukturwandel** muss gelten: Verbindlichkeit gegen Verbindlichkeit. Die verbindliche Umsetzung des schrittweisen Kohleausstiegs muss daher einhergehen mit ebenso verbindlichen Zusagen, den Strukturwandel in den Braunkohleregionen aktiv und sozial verträglich zu gestalten und finanziell abzusichern, etwa über einen Strukturwandelfonds. Ein klarer Rahmen für den Ausstieg gibt zudem die notwendige Planungssicherheit, um mit den Betroffenen den Strukturwandel zu organisieren. Staatliche Unterstützung für die sozial-ökologische Transformation muss so gewährleistet werden, dass attraktive Lebensräume und neue wirtschaftliche Perspektiven mit Guter Arbeit entstehen. Hierfür braucht es eine aktive Strukturpolitik und sozialpolitische Maßnahmen sowie Investitionen in eine lebenswerte und nachhaltige Umwelt und kohlenstoffarme Wertschöpfung. Die notwendige sozial-ökologische Transformation der Reviere sollte die regionalen Bedürfnisse der Menschen

einbeziehen und adressieren. Dies gilt für das Schaffen von neuen Perspektiven, für die soziale Abfederung negativer Auswirkungen wie auch für die Interessen von Tagebaubetroffenen.

- **Subventionen für Kohlekraftwerke oder die Förderung von Kohle** sind mit der Energiewende und dem Klimaschutz nicht vereinbar und sollten zügig abgebaut werden. Es muss zudem sichergestellt werden, dass die **Tagebaubetreiber sämtliche Folgekosten des Braunkohleabbaus tragen**. Die Kosten der Rekultivierung und die Ewigkeitslasten der Tagebaue müssen unabhängig untersucht und beziffert werden. Ein von den Betreibern gespeister öffentlich-rechtlicher Fonds ist eine Möglichkeit, das Risiko einer Abwälzung der Kosten auf die Allgemeinheit abzuwenden.
- Wir fordern von Energieunternehmen, die für die Übergangszeit noch Kohle importieren, die **menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten laut den UN-Ruggie-Leitprinzipien** einzuhalten. Bei anhaltenden Menschenrechtsverletzungen gilt es, die Geschäftsverbindungen mit den verantwortlichen Bergbaukonzernen zu beenden. Gleichzeitig müssen außenpolitisch flankierte Strategien entwickelt werden, wie die Transformation der Kohle produzierenden Länder unterstützt werden kann. Es braucht einen Strukturwandel, der alternative Entwicklungspfade aufbaut, zu Klima- und Energiesicherheit sowie sozial-ökologischer Modernisierung führt und den Aufbau und Zugang zu sauberer Energie für alle beinhaltet.
- Darüber hinaus sollte die Bundesregierung einen vollständigen **Ausstieg** sämtlicher Geschäftsbereiche der KfW-Bankengruppe aus der **internationalen Finanzierung von Kohleprojekten** beschließen, inklusive des Neubaus und der Modernisierung von Kohlekraftwerken. Konzernen, zu deren Kerngeschäft Kohleabbau und -verbrennung gehören, sollten auch keine Unternehmenskredite mehr gewährt werden. Die Bundesregierung sollte sich in der OECD für einen vollständigen Ausstieg aus der Gewährung von Exportkreditgarantien für Kohleprojekte (u. a. durch Hermesbürgschaften) einsetzen.
- Der Emissionshandel allein kann die Schäden und Zunahme der Kohleverstromung nicht lösen. Solange das Preissignal im Emissionshandel sehr volatil ist, sind ergänzende Maßnahmen nötig. Wir setzen uns dabei für einen **investitionsrelevanten Mindestpreis für CO₂** ein, der am besten gemeinsam mit Frankreich und anderen Energienachbarn beschlossen wird.

-
- | | |
|---|--|
| <ol style="list-style-type: none"> 1 Nature 2015: www.nature.com/nature/journal/v517/n7533/full/nature14016.html 2 Misereor und Brot für die Welt 2014: www.brot-fuer-die-welt.de/fileadmin/mediapool/2_Downloads/Fachinformationen/Sonstiges/Fact_Sheet_Energiearmut_ueberwinden_2014.pdf 3 Cerrejón ist der größte Kohleförderer in Kolumbien mit über 30 Mio. Tonnen Förderung pro Jahr. Anteilseigner sind vor allem Glencore, AngloGold Ashanti und BHP Billiton. 4 Böll 2015: www.boell.de/de/dossier-zum-kohleatlas-daten-und-fakten-ueber-einen-globalen-brennstoff 5 Stoll, R. D., Niemann-Delius, C., Drebenstedt, C., Müllensiefen, K. (Hrsg.) (2009): Der Braunkohlentagebau. Bedeutung – Planung – Betrieb – Technik – Umwelt. Berlin/Heidelberg. 6 HEAL 2014: www.env-health.org/IMG/pdf/heal_coal_report_de.pdf 7 Umweltbundesamt 2013: www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/378/publikationen/hgp_umweltkosten_o.pdf 8 HEAL 2014: www.env-health.org/IMG/pdf/zusammenfassung_heal_coal_report.pdf 9 Böll 2015: www.boell.de/de/dossier-zum-kohleatlas-daten-und-fakten-ueber-einen-globalen-brennstoff | <ol style="list-style-type: none"> 10 FÖS 2014: www.foes.de/pdf/2014-04-FOES-Studie-Folgekosten-Braunkohle.pdf 11 FÖS 2015: www.klima-allianz.de/publikationen/publikation/hintergrund-immer-hoehere-ueberkapazitaeten-von-kohlestrom-machen-die-kraftwerke-unrentabel/ 12 Fraunhofer ISE 2017: www.energy-charts.de 13 EU-ETS-Emissionsdaten 2015 sowie UBA-Emissionsdaten 2015: www.umweltbundesamt.de/themen/klima-energie/treibhausgas-emissionen 14 WWF 2014: www.wwf.de/2014/juli/deutschland-verkohlt-europa 15 Ver.di 2016: https://ver-und-entsorgung.verdi.de/++fi-le++57da3cb57713b818a7382aeb/download/160915_verdi-Gutachten_Sozialvertraeglicher-Kohlekonsens-Dokumentation.pdf 16 GWS 2018: www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Studien/erneuerbar-beschaeftigt-in-den-bundeslaendern.pdf; arepo consult 2017: www.gruene-bundestag.de/fileadmin/media/gruenebundestag_de/themen_az/energie/PDF/APBK-Kurzstudie.pdf 17 BMU 2017: www.bmu.de/fileadmin/Daten_BMU/Pool/Broschuren/klimaschutzbericht_2017_aktionsprogramm.pdf 18 Klima-Allianz Deutschland 2017: www.klima-allianz.de/publikationen/publikation/factsheet-verkleinerung-von-braun-kohletagebauen-noetig/ |
|---|--|

Die Mitgliedsorganisationen der Klima-Allianz Deutschland:



Impressum

Herausgeber

Klima-Allianz Deutschland

V.i.S.d.P.: Dr. Christiane Averbeck

Invalidenstr. 35

10115 Berlin

Tel.: 030.780 89 95-10

info@klima-allianz.de

Die **Klima-Allianz Deutschland** ist das breite gesellschaftliche Bündnis für den Klimaschutz. Mit mehr als 120 Mitgliedsorganisationen aus den Bereichen Umwelt, Kirche, Entwicklung, Bildung, Kultur, Gesundheit, Verbraucherschutz, Jugend und Gewerkschaften setzt sie sich für eine ambitionierte Klimapolitik und eine erfolgreiche Energiewende auf lokaler, nationaler, europäischer und internationaler Ebene ein. Ihre Mitgliedsorganisationen repräsentieren zusammen rund 25 Millionen Menschen.

Weitere Informationen zur Arbeit der Klima-Allianz Deutschland finden sich unter www.klima-allianz.de
www.facebook.com/klimaallianz
[twitter @klima_allianz](https://twitter.com/klima_allianz)

November 2018

